

# Deutsches Patent- und Markenamt

München, den 29. Januar 2003

Telefon: (0 89) 21 95 - 2428

Aktenzeichen:

102 31 521.3-22

Anmelder:

s.Adr.

Deutsches Patent- und Markenamt · 80297 München

MAN Roland Druckmaschinen AG

86135 Augsburg

Ihr Zeichen: BN/PB04562

Bitte Aktenzeichen und Anmelder bei  
allen Eingaben und Zahlungen angeben

Zutreffendes ist angekreuzt ☒ und/oder ausgefüllt!

Prüfungsantrag, Einzahlungstag am 12.7.02

Eingabe vom

eingegangen am

Die Prüfung der oben genannten Patentanmeldung hat zu dem nachstehenden Ergebnis geführt.

Zur Äußerung wird eine Frist von

**vier Monat(en)**

gewährt, die mit der Zustellung beginnt.

Für Unterlagen, die der Äußerung gegebenenfalls beigelegt werden (z.B. Beschreibung, Beschreibungsteile, Patentansprüche, Zeichnungen), sind je zwei Ausfertigungen auf gesonderten Blättern erforderlich. Die Äußerung selbst wird nur in einfacher Ausfertigung benötigt.

Werden die Beschreibung, die Patentansprüche oder die Zeichnungen im Laufe des Verfahrens geändert, so hat der Anmelder, sofern die Änderungen nicht vom Deutschen Patent- und Markenamt vorgeschlagen sind, im Einzelnen anzugeben, an welcher Stelle die in den neuen Unterlagen beschriebenen Erfindungsmerkmale in den ursprünglichen Unterlagen offenbart sind.

In diesem Bescheid sind folgende Entgegenhaltungen erstmalig genannt. (Bei deren Nummerierung gilt diese auch für das weitere Verfahren):

Anlagen: Abl. von 3 Entgegenhaltungen

- 2 -

## Hinweis auf die Möglichkeit der Gebrauchsmusterabzweigung

Der Anmelder einer mit Wirkung für die Bundesrepublik Deutschland eingereichten Patentanmeldung kann eine Gebrauchsmusteranmeldung, die den gleichen Gegenstand betrifft, einreichen und gleichzeitig den Anmeldetag der früheren Patentanmeldung in Anspruch nehmen. Diese Abzweigung (§ 5 Gebrauchsmustergesetz) ist bis zum Ablauf von 2 Monaten nach dem Ende des Monats möglich, in dem die Patentanmeldung durch rechtskräftige Zurückweisung, freiwillige Rücknahme oder Rücknahmefiktion erledigt, ein Einspruchsverfahren abgeschlossen oder - im Falle der Erteilung des Patents - die Frist für die Beschwerde gegen den Erteilungsbeschluss fruchtlos verstrichen ist. Ausführliche Informationen über die Erfordernisse einer Gebrauchsmusteranmeldung, einschließlich der Abzweigung, enthält das Merkblatt für Gebrauchsmusteranmelder (G 6181), welches kostenlos beim Patent- und Markenamt und den Patentinformationszentren erhältlich ist.

**Annahmestelle und  
Nachbriefkasten  
nur  
Zweibrückenstraße 12**

Hauptgebäude  
Zweibrückenstraße 12  
Zweibrückenstraße 5-7 (Breiterhof)  
Markenabteilungen:  
Cincinnatistraße 64  
81534 München

Hausadresse (für Fracht)  
Deutsches Patent- und Markenamt  
Zweibrückenstraße 12  
80331 München

Telefon (089) 2195-0  
Telefax (089) 2195-2221  
Internet: <http://www.dpma.de>

Bank:  
Landeszentralbank München  
Kto.Nr.: 700 010 54  
BLZ: 700 000 00

P 2401.1  
4.02 S-Bahnanschluss im  
Münchner Verkehrs- und  
Tarifverbund (MVV):



Zweibrückenstr. 12 (Hauptgebäude)  
Zweibrückenstr. 5-7 (Breiterhof)  
S1 - S8 Haltestelle Isartor

Cincinnatistraße:  
S2 Haltestelle Fasangarten  
Bus 98 / 99 (ab S-Bahnhof Giesing) Haltestelle Cincinnatistraße

CHS au LF, M.02.03, SP

- (1) US 4 131 206 ✓
- (2) US 4 773 609 ✓
- (3) DE 43 34 582 A1 ✓

Aus der Druckschrift (1)(siehe Figuren 1 bis 14c; Spalte 3 bis Spalte 8, Zeile 11) ist eine Positioniervorrichtung gemäß dem Oberbegriff des Anspruches 1 bekannt, die bereits folgende Merkmale des Anspruches 1 zeigt bzw. deren konstruktive Ausgestaltung sich wie folgt auf den Wortlaut des Anspruches 1 lesen lässt, nämlich

eine Vorrichtung zum Positionieren eines mit einer Wickelrolle (21) beladbaren Schlittens (A) an eine Soll-Position auf einer Transportvorrichtung (B),  
dadurch gekennzeichnet,  
dass ~~an Förderrollen der Transportvorrichtung mindestens ein Drehimpulsgeber zum Erfassen der Umdrehungen der Förderrollen angeordnet ist, wobei die Umdrehungen ein Maß für den zurückgelegten Fahrweg auf der Transportvorrichtung verkörpern, und mindestens zwei Initiatoren (LS1, LS2) zur Ermittlung der Ist-Position des Schlittens (A) auf der Transportvorrichtung (B) vorhanden sind, wobei anhand der Ist-Position und der im gleichen Zeitraum zurückgelegten Umdrehungen ein Wert für den Schlupf berechenbar ist, mittels dem der zur Soll-Position vom Schlitten zurückzulegende Restweg berechenbar ist.~~

Insofern erscheint auf Basis des derzeit bekannten Standes der Technik eine modifizierte Abgrenzung notwendig.

Die Prüfungsstelle kann sich zwar grundsätzlich der Auffassung der Anmelderin anschließen, dass die in Verbindung mit der gesamten ursprünglichen

Offenbarung näher erläuterte anmeldungsgemäße Positioniervorrichtung und der darin angedeutete Erfindungsgedanke mit allen lösungsnotwendigen und erfindungswesentlichen Merkmalen nicht aus dem derzeit bekannten Stand der Technik nahegelegt ist. Dies gilt auch in Verbindung mit dem im Prüfungsverfahren ermitteltem Stand der Technik. Dabei wird die geltende Aufgabenstellung zugrundegelegt. Beim Positioniervorgang soll gemäß der geltenden Aufgabe sinngemäß u.a. so exakt wie möglich die aktuelle Position des Schlittens auf der Transportvorrichtung erfasst werden. Dies bedingt zwangsläufig, dass entsprechende Erfassungssensoren verwendet werden. Dies bedeutet aber für den zuständigen Fachmann für Wickeltechnik, dass auch der Schlitten und/oder die Transportvorrichtung entsprechend ausgebildet werden muss. Sie ist allerdings auch der Auffassung, dass die entsprechenden Ausbildungen im Hinblick auf die zu lösende Aufgabe und die erfindungswesentlichen Merkmale noch keinen ausreichenden Niederschlag im geltenden Anspruchsbegehren finden bzw. dass im Hinblick auf eine vollständige und nachvollziehbare technische Lehre noch zusätzliche lösungsnotwendige Vorrichtungsmerkmale im geltenden Anspruch 1 aufgenommen werden müssen, damit die nur z.T. aufgabenhaft formulierten und bestimmungsgemäße Wirkungen darstellende Teile des Anspruches 1 substantiell aufgefüllt werden. Denn nur so liegt eine technische Lehre vor, bei der die Bedenken der Prüfungsstelle berücksichtigt sind und die sich in ausreichendem Maße von den aus dem Stand der Technik nahegelegten Lösungen abhebt und aufgrund derer der Fachmann ohne selbst erfinderisch tätig werden zu müssen die beanspruchte Vorrichtung nachvollziehen kann.

Diese zusätzlich notwendigen Merkmale entsprechen den Vorrichtungsmerkmalen des ursprünglichen Anspruches 2 und 7 bzw. Teilmerkmalen des Anspruches 3, weswegen eine Aufnahme dieser Merkmale im Anspruch 1 als gerechtfertigt angesehen wird.

Die Anmelderin wird bei Einverständnis zur Argumentation der Prüfungsstelle gebeten, dies zu erklären und einen entsprechend angepassten Anspruch1 einzureichen bzw. eine abweichende Auffassung zu begründen.

Bei der Überarbeitung der Beschreibung sind neben dem bereits erwähnten Stand der Technik noch die Druckschriften (1) und (2) aufzunehmen.

Die Anmelderin wird außerdem gebeten, ausgehend von der ursprünglichen Offenbarung die Vorteile der getroffenen technischen Maßnahmen zu erläutern.

Von den für das weitere Prüfungsverfahren und einer eventuellen Patenterteilung notwendigen und überarbeiteten Unterlagen sind Reinschriften einzureichen.

Mit dem geltenden Patentbegehren kann noch keine Patenterteilung erfolgen.

Prüfungsstelle für B65H 19/12

Tel. 2254

*Römer*

Dipl.-Ing. Römer

Ausgefertigt

*Greisl*  
Regierungsangestellte



